

**Stadt Verden**

Bürgermeister Brockmann  
Große Str. 40  
27283 Verden

**Rasmus Grobe**

stv. Fraktionsvorsitzender  
Am Oker 1, 27283 Verden  
Tel. 04231-677957  
E-Mail: r.grobe@gruene-verden.de

Verden, 03.05.2016

**Antrag: Stellungnahme des Rates zu kommunalen Auswirkungen von Freihandelsabkommen (TTIP, CETA, TISA)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt folgenden Ratsantrag:

Der Rat der Stadt Verden möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Verden unterstützt das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes Kommunaler Unternehmen zu den Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA.
2. Entsprechend dem o.g. Papier fordert der Rat der Stadt Verden die Landes- und Bundesregierung auf, sich insbesondere für die folgenden Forderungen einzusetzen.
  - Die kommunale Daseinsvorsorge muss von den Marktzugangspflichten in Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden.
  - Die Organisationsfreiheit der Kommunen muss sichergestellt, Rekommunalisierung jederzeit und uneingeschränkt möglich bleiben.
  - Die Transparenz und Beteiligung im Rahmen von Freihandelsabkommen muss sichergestellt werden, u. a. indem Vertreter der kommunalen Ebenen in Beiräte des Bundeswirtschaftsministeriums und in die Beratergruppen der EU-Kommission integriert werden.
  - Der politische Gestaltungswille soll in Fragen des öffentlichen Beschaffungswesens nicht stärker eingeschränkt werden als es nationale Regelungen das europäische Vergaberecht bereits heute vorsehen.
  - Auf spezielle Investorenschutzregelungen und internationale (private) Schiedsgerichte muss gänzlich verzichtet werden. Anwendung finden soll ausschließlich der demokratisch legitimierte Rechtsschutz nationaler oder entsprechender internationaler Gerichte.
  - Der Abbau von Handelshemmnissen darf nicht zu Lasten von europäischen Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards erfolgen.
3. Der Rat der Stadt stellt fest, dass die bisher bekannt gewordenen Inhalte der TTIP und CETA-Abkommen den oben genannten Forderungen in weiten Teilen widersprechen. Aus diesem Grund schließt sich der Rat der Forderung an, die Verhandlungen zu dem Abkommen zu stoppen (TTIP) bzw. nicht zu ratifizieren.

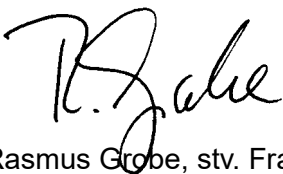
## **Begründung:**

Nach dem Scheitern der globalen Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO verhandelt die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen: Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen der EU und den USA, das europäisch-kanadische Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), sowie das multilaterale Trade in Services Agreement (TiSA). Ein Abschluss dieser Abkommen würde auch die Stadt und den Landkreis Verden betreffen.

*Beispiele für mögliche lokale Auswirkungen sind:*

1. Handelsabkommen, die das Regelungs- und Entscheidungsrecht der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge achten, müssten die Möglichkeiten der Kommunen erhalten, öffentliche Dienste (wie zum Beispiel die Wasserversorgung) zu erhalten, wiederzubeleben, zu rekommunalisieren, auszuweiten und neu zu schaffen. Vom Geltungsbereich der Vorschriften zur Marktöffnung sowie von Investitionsschutzklauseln in solchen Abkommen müssen sie umfassend und explizit ausgenommen sein. Sowohl TTIP als auch CETA genügen diesem Anspruch nicht. Eine besondere Bedrohung stellt das TiSA dar, das eine weitgehende Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistung erreichen möchte.
2. Das Abkommen CETA enthält eine Marktöffnung im Bereich der öffentlichen Beschaffung; für TTIP ist das ebenso geplant. Auch wenn diese Regelungen nicht weit über die Vorgaben des Europäischen Vergaberechts hinausgehen, erschwert die Aufnahme der öffentlichen Beschaffung in internationale Abkommen eine Reform des Vergaberechts im Sinne der kleinen Kommunen, der regionalen Wirtschaftsförderung oder stärkeren sozialen und ökologischen Kriterien.
3. Im Bereich der Stadt und des Landkreises Verden ist eine kleinstrukturierte Landwirtschaft mit einem hohen Anteil an ökologisch und/oder unter erschwerten Bedingungen wirtschaftenden Betrieben vorherrschend. Die Landwirtschaft in Nordamerika arbeitet unter völlig anderen Bedingungen. Sie durch eine Marktöffnung für Agrarprodukte in direkte Konkurrenz zu setzen würde hier zu einem weiteren Höfesterben und langfristig der Aufgabe landwirtschaftlicher Fläche führen. Dabei ist irrelevant, ob eine Marktöffnung durch eine Harmonisierung von Standards und Verfahren, eine gegenseitige Anerkennung von Standards oder eine Senkung oder Abschaffung von Zöllen erreicht wird.
4. Ein explizites Ziel der amerikanischen Verhandlungsführer in den Verhandlungen über die TTIP ist eine Öffnung des europäischen Markts für Lebensmittel, die mit Gentechnik, Wachstumshormonen oder in der EU nicht zugelassenen Pestiziden produziert wurden. In Stadt und Landkreis Verden setzen sich Bauern und Bäuerinnen, Umweltschutzorganisationen, kirchliche Gruppen und die Kommunalpolitik seit Jahren für die Gentechnikfreiheit der Landwirtschaft und Lebensmittel ein. Eine Verhandlung der europäischen Gesetzgebung in diesen Bereich ist für uns nicht akzeptabel.
5. Im Bereich der Stadt und des Landkreises Verden wird Erdgas gefördert, teilweise auch unter Verwendung von Fracking-Technologien. Eine Verschärfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen wird u.a. auch von Parteien und Kommunen aus dem Landkreis Verden gefordert. In der Vergangenheit haben Veränderungen in der Energiepolitik und die Ablehnung von Fördergenehmigungen zu Schadensersatzklagen auf der Basis von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen geführt. Die Abkommen TTIP und CETA bedrohen mit ihren Investitionsschutzklauseln die Möglichkeiten, Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers vor Gas- oder Chemikalieneintrag durch die Erdgasförderung, insbesondere Fracking zu ergreifen.

Mit freundlichen Grüßen



Rasmus Grobe, stv. Fraktionsvorsitzender  
im Namen der Fraktion

Anlage:

Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Verband Kommunaler Unternehmen: "Gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunaler Dienstleistung"

Online Verfügbar:

[http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp\\_ttip\\_20141001.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp_ttip_20141001.pdf)